

Demokratie und Internet

Von Sarah Kramer, Berlin

Kontakt: skk@zedat.fu-berlin.de

Alle Rechte dieses Artikels bei Sarah Kramer. Vervielfältigung, auch auszugsweise oder auf elektronischen Datenträgern, bedarf der ausdrücklichen Genehmigung der Autorin.

Bei der Verwendung für wissenschaftliche Zwecke, auch Seminar- oder Abschlussarbeiten bitte mit genauer Quellenangabe zitieren.

URL dieses Artikels:

http://www.berlinerzimmer.de/eliteratur/Kramer_demokratie.pdf

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG.....	4
1 ZUM BEGRIFF DER ÖFFENTLICHKEIT.....	5
1.1 ÖFFENTLICHKEIT ALS ZENTRUM DES POLITISCHEN.....	5
1.2 KONTROLLFUNKTION DER ÖFFENTLICHKEIT	6
2 ZUM BEGRIFF DER DELIBERATION.....	7
2.1 MIT ARGUMENTEN ZUR ÜBERZEUGUNG UND ENTSCHEIDUNG.....	7
2.2 ÖFFENTLICHKEIT UND DISKURS BEI ARENDT UND HABERMAS.....	8
3 DEMOKRATIE, ÖFFENTLICHKEIT UND INTERNET	10
3.1 ELEKTRONISCHE DEMOKRATIE	10
3.2 ZUR STRUKTUR DES INTERNET.....	11
3.2.1 Massenmedium und Datenautobahn.....	11
3.2.2 Interaktivität und Multimedialität	11
3.3 INFORMATIONSBESCHAFFUNG IM INTERNET	12
3.4 ÖFFENTLICHKEIT IM NETZ	16
3.4.1 Gleichheit und Diskurs.....	16
3.4.2 Politische Entscheidung	17
SCHLUSSBEMERKUNGEN.....	18
LITERATURVERZEICHNIS	20

EINLEITUNG

Demokratie bedeutet nach der berühmten Formel Abraham Lincolns „Government of the people, for the people, and by the people“ (vgl. Hagen 1996, 20). Für diese Arbeit ist besonders der zuletzt genannte Aspekt relevant, die Frage nach dem Prozess und Zustand politischer Beteiligung innerhalb von demokratisch verfassten Staaten. Die Fachliteratur geht dabei davon aus, dass das Ausmaß politischer Beteiligung im wesentlichen aus der Gesellschaftsform und der Öffentlichkeit einer Demokratie erwächst.

Beide Begriffe, Gesellschaft und Öffentlichkeit, sind wie ihre Inhalte einem ständigen Wandel unterworfen. Verschiedene Faktoren, besonders aber die Geburt der Medien und Telekommunikation haben diesen strukturellen Wandel nachhaltig beeinflusst (vgl. Bieber 1999, 12; Leggewie 1998, 16; London 1995, 2; Tauss/ Kollbeck 1998, 280; Kleger 1998, 97). Auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet sich ein sozio-medialer Umbruch ab. Die Industriegesellschaften westlicher Demokratien befänden sich im Übergang zur Informationsgesellschaft, so die These, und schuld daran sei einmal mehr ein Medium: das Internet. Rund 50 bis 60 Millionen Menschen sind derzeit mit dem Netz verbunden, eine Tatsache, die das Internet zum „wichtigsten Symbol der telematischen Entwicklung im ausgehenden 20. Jahrhundert“ (Münker/ Roesler 1997, 7) macht.

In der Politikwissenschaft hat die explosionsartige Ausdehnung des Internet vor allem die Auseinandersetzung mit dem Konzept der „elektronischen Demokratie“ wiederbelebt. Die Verfechter dieses Begriffs sehen im Internet die Grundlage für ein neues, demokratisches Zeitalter. Eine grundlegende Annahme ist dabei, dass die spezifischen Eigenschaften des Internet bessere Voraussetzungen für Öffentlichkeit respektive politisches Handeln schaffen und somit ein Mehr an Demokratie garantieren.

Die hier vorliegende Arbeit überprüft, ob und inwiefern diese These zutrifft. Das Verhältnis von Demokratie und Internet soll dabei mithilfe eines Analyserahmens aus der empirischen Partizipationsforschung untersucht

werden.¹ Der erste und zweite Abschnitt der Arbeit liefert dabei den demokratiethoretischen Hintergrund der Begriffe „Öffentlichkeit“ und „Deliberation“, die im Zentrum der sich anschließenden Analyse stehen. Das dritte Kapitel erweitert den Analyserahmen um die Dimension des Internet. Dabei werden zunächst das Konzept elektronischer Demokratie und die technologischen Charakteristika des Internet kurz skizziert. Die folgenden Abschnitte untersuchen schließlich, ob sich das an der realen Welt orientierte Konzept politischen Handelns ohne weiteres auf das Internet übertragen lässt. Der Fragestellung liegt dabei die Annahme zugrunde, dass sich politische Beteiligung in modernen Demokratien im wesentlichen in vier Kategorien vollzieht, nämlich der politischen Informationsbeschaffung, dem politischen Diskurs, der politischen Entscheidung und Wahlen (vgl. Hagen 1996, 20).²

1 Zum Begriff der Öffentlichkeit

1.1 Öffentlichkeit als Zentrum des Politischen

Der Begriff „Öffentlichkeit“ ist so alt wie die Politik selbst. Bereits in der griechischen Antike waren die Konzepte des Politischen und des Öffentlichen eng miteinander verbunden. Als „öffentlich“ galten all jene Handlungen, die sich außerhalb des privaten Haushalts vollzogen und nicht unmittelbar dem Lebenserhalt dienten. Die klare Abgrenzung des Privaten vom Öffentlichen war für die antike Gesellschaft sinnstiftend; Guggenberger spricht in diesem Zusammenhang von „orientierender Polarität“ (Guggenberger 1999, 49).

„Politik“³ bezeichnete im antiken Griechenland alle den Staat und seine inneren Zustände betreffenden Angelegenheiten. Im Zentrum der Politik stand die Agora, ein Marktplatz in Athen, auf dem sich die Bürger der Polis trafen, um Waren zu kaufen und verkaufen, sich zu amüsieren und zu unterhalten. Die enge Verbindung von Agora und Politik stammt daher,

¹ Die Partizipationsforschung untersucht, auf welche Art und Weise und wie oft sich Individuen am politischen Prozess westlicher Demokratien beteiligen.

² Der zuletzt genannte Aspekt politischer Wahlen bleibt in dieser Arbeit außen vor.

³ Der Begriff ist aus dem Griechischen von *politike technē* abgeleitet, was soviel bedeutet wie „Kunst der Selbstverwaltung“.

dass auf diesem Marktplatz diejenigen Versammlungen abgehalten wurden, die Belange von allgemeinem Interesse für die Polis regelten. In dieser Öffentlichkeit sollte sich „die Diskussion konstituieren, die erweist, was für eine Gemeinschaft zu tun ist; zumindest was zu tun sein sollte“ (Roesler 1997, 174).

„Demokratie“, was wörtlich so viel heißt wie „Volksherrschaft“, die unmittelbare Teilnahme an politischer Beratung und Beschlussfassung, war im griechischen Verständnis nur möglich durch eine gemeinsame Raum-Zeit-Dimension. Öffentlichkeit, so die Überzeugung, konstituierte sich ausschließlich durch die physische Präsenz der politischen Akteure an einem spezifischen Ort. Die politische Meinungsbildung und Entscheidung war in der direkten Demokratie Griechenlands allerdings nur einem kleinen Teil des *demos*⁴ vorbehalten: Frauen, Sklaven und bloße Bewohner des Staatsgebietes waren vom politischen Geschehen ausgeschlossen.

1.2 Kontrollfunktion der Öffentlichkeit

In der Neuzeit rückte der Öffentlichkeitsbegriff infolge der Aufklärung und der französischen Revolution ins Zentrum der Demokratietheorie. Hier richtete sich der Ruf nach mehr Licht in die Herrschaftsstrukturen gegen das bis dato akzeptierte nicht-öffentliche Handeln der Herrscher und ihrer Kabinette. Daher stellte die politische Philosophie besonders auf die Kontrollfunktion der Öffentlichkeit ab: „Über die Öffentlichkeit, die zunächst durch das Parlament und die Presse konstituiert wurde, öffnet sich das elitäre Entscheidungshandeln der Kontrolle; der Mißbrauch von Macht wird erschwert respektive abgeschwächt.“ (Marschall 1998, 43)

Die Öffentlichkeit der Aufklärer war im Vergleich zum öffentlichen Treiben auf der Agora fragmentierter, widmete dafür aber der Diskussion mehr Aufmerksamkeit. Öffentlichkeit fand nicht an einem, sondern vielen verschiedenen Orten statt. Debattiert wurde in Kaffeehäusern, Salons und literarischen Clubs, um nur einige zu nennen. Im Zuge dieser

⁴ Griechisch: „Volk“.

Öffentlichkeit entstanden neue Formen der Rechtsprechung und der Staatsform (vgl. Roesler 1997, 174).

2 Zum Begriff der Deliberation

2.1 Mit Argumenten zur Überzeugung und Entscheidung

In der politischen Philosophie wurde und wird Deliberation als ein wesentliches Element der Demokratie angesehen. Der Begriff beschreibt im allgemeinen den Prozess der politischen Willensbildung, den Moment, der der politischen Entscheidung unmittelbar vorausgeht. Es geht dabei um das Abwägen von Argumenten, das Erörtern des Für und Wider einer späteren politischen Handlung (vgl. London 1995, 4). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass „Deliberation“ als Motor der Demokratie sowohl in den institutionellen Rahmen direkter als auch repräsentativer⁵ Herrschaftsformen passt.

Perikles sah in der öffentlichen Diskussion die unbedingte Voraussetzung politischen Handelns; Aristoteles war der Überzeugung, dass eine vernunftgeleitete Gesetzgebung ohne vorhergegangene Beratung nicht zu gewährleisten sei. Für Jean-Jacques Rousseau war der politische Diskurs Voraussetzung für die Formation der *volonté generale*, John Stuart Mill lieferte die philosophische Grundlage für ein „government by discussion“, das für eine demokratische Selbstregierung ebenso notwendig sei wie die Anwendung des Mehrheitsprinzips (vgl. Leggewie 1998, 38; London 1995, 2). James Madison hob in den *Federalist Papers* die Bedeutung des öffentlichen Diskurses hervor:

„Government based on the consent of the governed must find ways to mobilize that consent and to refine and enlarge the public views. [...] This requires an ongoing discussion among citizens aimed at setting the agenda for public issues, proposing alternative solutions, supporting those with reasons, and concluding by settling on some alternative.“ (Madison, zit. bei London 1995, 4)

⁵ In der repräsentativen Demokratie übt das Volk seine Herrschaft im Gegensatz zur direkten Demokratie nur unmittelbar über Repräsentanten aus. Regierende und Regierte sind somit nicht identisch.

2.2 Öffentlichkeit und Diskurs bei Arendt und Habermas

In der modernen politischen Philosophie haben besonders Hannah Arendt und Jürgen Habermas auf die Wichtigkeit des öffentlichen Diskurses im Zusammenhang mit Demokratie verwiesen. Beide argumentieren, dass eine institutionelle Arena für öffentlichen Diskurs und Bürgerpartizipation nötig ist, um die von Staat und Wirtschaft hervorgebrachten Zwänge auszugleichen. Öffentlichkeit wird dabei als Prozess und im räumlichen Sinne verstanden (vgl. London 1995, 4; Roesler 1997, 173).

Hannah Arendts Beschreibung von Öffentlichkeit ist eng mit der Vorstellung der griechischen Agora verbunden. Öffentlich, so Arendt, sei zunächst einmal all das, was „für jedermann sichtbar und hörbar ist“ (Arendt 1999, 62). Zum anderen umfasse der Begriff „die Welt selbst, sofern sie uns das Gemeinsame ist und als solches sich unterscheidet von dem, was uns privat zu eigen ist [...]“ (Arendt 1999, 65). Bei Arendt kann sich das Gemeinsame nur aus einer Vielzahl von Perspektiven ergeben – eine Bedingung also, die die Öffentlichkeit der griechischen Polis besonders gut erfüllte. Die Notwendigkeit einer öffentlichen Sphäre begründet Arendt mit der Konstituierung von Wirklichkeit:

„Realität [...] ist nicht durch eine allen Menschen gemeinsame Natur garantiert, sondern ergibt sich vielmehr daraus, dass ungeachtet aller Unterschiede und der daraus resultierenden Vielfalt der Aspekte doch offenkundig ist, dass alle mit demselben Gegenstand befasst sind.“ (Arendt 1999, 72)

Jürgen Habermas macht seinen Öffentlichkeitsbegriff dagegen an der Gesellschaft der Aufklärung fest. Zentrum des Öffentlichen ist hierbei das gebildete Bürgertum: „Bürgerliche Öffentlichkeit lässt sich vorerst als die Sphäre zum Publikum versammelten Privatleute begreifen.“ (Habermas 1995, 86) Nach Habermas formierte sich die „öffentliche Meinung“ in den engen Kreisen bürgerlicher Literatursalons und exklusiver Debattierclubs. Oberste Maßgabe und Ideal der Debatten war im Sinne der Aufklärung Rationalität:

„Ihrer Idee nach verlangt eine aus der Kraft des besseren Arguments geborene öffentliche Meinung jene moralisch präventöse Rationalität, die das Rechte und Richtige in einem zu treffen sucht.“ (Habermas 1995, 119 f.)

Das Publikum der bürgerlichen Salons definiert Habermas anhand von drei zentralen Merkmalen. Erstens ergab sich eine Gleichheit der Beteiligten hinsichtlich ihres Status, weil die gesellschaftliche Stellung während des Diskutierens außen vor blieb. In diesem Sinne sind alle ebenbürtige Diskussionsteilnehmer. Zweitens wurden im öffentlichen Diskurs der Gesellschaft der Aufklärer auch Angelegenheiten thematisiert, die bislang der Auslegung von Autoritäten vorbehalten waren. Alles konnte prinzipiell Gegenstand des Rasonnements werden, weil sich das „öffentliche Interesse“ an der Mitgestaltung auf alle Lebensbereiche des Publikums bezog.

„Die diskutablen Fragen werden allgemein nicht nur im Sinne ihrer Bedeutsamkeit, sondern auch der Zugänglichkeit: alle müssen dazugehören können.“ (Habermas 1995, 98)

Drittens ergab die Verteilung der Öffentlichkeit auf verschiedene Orte eine Unabgeschlossenheit des Publikums. Aus dem genannten ergibt sich die folgende Habermassche Definition von Öffentlichkeit:

„Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben. Dabei werden die Kommunikationsflüsse o gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifischen, gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten.“ (Habermas zit. bei Bieber 1999, 61)

Öffentlichkeit wird bei Habermas demnach als im kommunikativen Handeln erzeugter sozialer Raum verstanden.

3 Demokratie, Öffentlichkeit und Internet

3.1 Elektronische Demokratie

Der Begriff "elektronische Demokratie" geht zurück auf die sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Der Terminus entspringt der Überzeugung, dass die traditionellen Massenmedien⁶ Demokratie verhindern, und dass neue Kommunikationstechnologien die Lösung dieser Probleme liefern können (vgl. Tsagarousianou/ Tambini/ Bryan 1998, 3).

Ins Blickfeld der Wissenschaft rückte das Konzept elektronischer Demokratie in den neunziger Jahren. Zum einen ist die wachsende Aufmerksamkeit bezüglich dieses Demokratiekonzeptes dem rapide zunehmenden Einsatz von computervermittelter Kommunikation⁷ und allen voran dem Internet geschuldet. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass zwischen der Renaissance des Konzepts elektronischer Demokratie, einer allgemeinen Politikverdrossenheit der Bürger⁸ und dem Mangel an öffentlichen Räumen ein enger Zusammenhang besteht (vgl. London 1995, 2; Tsagarousianou/ Tambini/ Bryan 1998, 3 f.)

Angesichts des medialen Wandels proklamierten zahlreiche Wissenschaftler und Politiker rund um den Globus den Anbruch eines "athenischen Zeitalter der Demokratie" (Bieber 1999, 12). Das Internet sei aufgrund seiner Struktur die ideale Voraussetzung für die Verwirklichung einer direkten, deliberativen Demokratie nach griechischem Vorbild.

Die These, Kommunikationstechniken hätten schon immer Einfluss auf die Form und das Ergebnis demokratischer Entscheidungen gehabt, ist in der Fachliteratur weitgehend unbestritten. Verschiedene Autoren weisen darauf hin, dass im 20. Jahrhundert vor allem das Radio und das Fernsehen den Prozess der politischen Willensbildung nachhaltig

⁶ Fernsehen und Radio.

⁷ Bieber liefert folgende Definition des Begriffs: „Computer-Mediated communication is a process of human communication via computers, involving people situated in particular contexts, engaging in processes to shape media for a variety of purposes.“ (Bieber 1999, 30)

⁸ Studien belegen, dass immer mehr Menschen der Politik feindlich gegenüberstehen und immer weniger über politische Angelegenheiten informiert sind. Auch das politische Engagement in Parteien hat seit den fünfziger Jahren stetig abgenommen.

beeinflusst haben (vgl. Bieber 1999, 12; Leggewie 1998, 16; London 1995, 2; Tauss/ Kollbeck 1998, 280; Kleger 1998, 97). Hinsichtlich der von vielen postulierten demokratisierenden Wirkung des Internet werden in der Wissenschaft dagegen deutlich mehr kritische Stimmen laut, auf die an späterer Stelle näher eingegangen wird.

3.2 Zur Struktur des Internet

3.2.1 Massenmedium und Datenautobahn

Das Internet gilt spätestens seit Mitte der neunziger Jahre als Massenmedium.⁹ Bieber beschreibt das Internet als „multifaceted mass medium [which] contains many different configurations of communication“ (Bieber 1999, 31). Im folgenden sollen einige Hauptcharakteristika und Kommunikationsmodi des Internet skizziert werden, weil sie für die anschließende Argumentation relevant sind. Das Internet konstituiert sich aus der Verknüpfung von einzelnen Computern und bildet dadurch ein Netzwerk. Mittels dieser Verknüpfung können riesige Mengen von Daten transportiert werden, eine Tatsache, die dem Internet den Beinamen „Datenautobahn“ eingebracht hat. Vor der Datenübertragung ist das Netz aber vor allem eines: ein globales *Information Pull System*¹⁰, das dem Suchen und Erhalten von Informationen dient.

3.2.2 Interaktivität und Multimedialität

Kommunikation im Internet unterscheidet sich qualitativ von der traditionellen Massenmedien Radio und Fernsehen. Während das Fernsehen und das Radio von ihrer Kommunikationsstruktur als „Einbahnstraße“ bezeichnet werden können, weil sich die Informationen

⁹ Genaue empirische Angaben über die Ausbreitung des Internet sind aufgrund dessen variabler Struktur und beschleunigten Entwicklung nahezu aller an der Konstitution des Datenraumes beteiligten Technologien nicht möglich. Der Gesellschaft für Konsumforschung zufolge haben weltweit über 12 Millionen Menschen Zugang zum Internet. In Deutschland waren im Juni 1999 1.609.995 Rechner an das Internet angeschlossen.

¹⁰ Der Anwender muss aus einem riesigen Angebot die von ihm gewünschte Information herausfiltern.

unidirektional von der Sendeanstalt zum Empfänger bewegen, ist das Internet ein interaktives und multidirektionales Medium.

In den vergangenen Jahren hat vor allem die grafische Oberfläche des World Wide Web (WWW)¹¹ das Internet populär gemacht. Seine Attraktivität erklärt sich zum einen durch sogenannte *Hyperlinks*¹², zum anderen durch seine Multimedialität: Im WWW können unterschiedliche Medien wie Bild, Ton und Text miteinander verknüpft werden (vgl. Rilling 1996, 1; Gellner 1998, 15).

Neben dem WWW beinhaltet das Internet zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem verschiedene Formen schriftlicher Kommunikation. Zu den wichtigsten Kommunikationsmodi zählen *E-Mail*¹³, *Internet Relay Chats*¹⁴, *Newsgroups*¹⁵ und sogenannte *Mailinglisten*¹⁶. Bei diesen Formen der computervermittelten Kommunikation ist jeder Empfänger auch ein potentieller Sender, die Kommunikation verläuft nicht eingleisig sondern interaktiv (vgl. Sandbothe 1997, 66; Van de Velde 1998, 425). Das Spezifikum der Online-Kommunikation liegt in der Vielfalt der Anwendungen: Möglich sind sowohl Individual- und Gruppen- als auch Massenkommunikation (vgl. Bieber 1999, 33).

3.3 Informationsbeschaffung im Internet

Die Informationsbeschaffung über das politische Geschehen ist laut Martin Hagen die erste Voraussetzung für politische Aktivität. „The person who hopes to deal effectively with its political environment must devote some energy to collecting information about it. This activity is elemental and

¹¹ Das World Wide Web ist ein Dienst im Internet, der 1989 am CERN (Conseil Europeen pour la Recherche Nucleaire) entwickelt wurde. Das WWW bietet eine einheitliche Bedieneroberfläche.

¹² Ein Hyperlink ist ein einzelnes Element einer Seite im Internet. Links bieten die Möglichkeit, per Mausklick von einem Dokument auf eine andere Resource zugreifen zu können.

¹³ Elektronische Post im Internet.

¹⁴ Internetdienst, der textbasierte Kommunikation via Bildschirm und Tastatur in Echtzeit ermöglicht. Man chattet entweder in themenorientierten Kanälen mit anderen Teilnehmern oder mit einzelnen Personen.

¹⁵ Bezeichnung für eine öffentliche Diskussionsgruppe oder ein Forum zu einem bestimmten Thema, über das sich die Anwender austauschen können.

¹⁶ Eine Mailingliste ist ein Verteiler-System, in dem E-Mails zu spezifischen Themen an die Abonenten dieser Liste verschickt werden.

fundamental to all other political activity.“ (zit. bei Hagen 1997, 22) Auch Buchstein weist auf den Zusammenhang zwischen politischem Urteilsvermögen und der Informiertheit der Bürger hin (vgl. Buchstein 1996, 595) Wie wird nun das Internet der obersten Bürgerpflicht gerecht, sich politische Informationen zu beschaffen? Kann das Netz die vielzitierte Schwäche moderner Demokratien, den Informationsmangel ihrer Bürger, beheben?

Wie bereits erwähnt ist das Internet respektive das WWW in erster Linie ein *Information Pull System*. Der Nutzer kann sich per download¹⁷ bequem jede Art von Information auf den eigenen Computerbildschirm holen und dort speichern. Das Angebot der im Netz vorhandenen Informationen umfasst nahezu alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens. Im WWW finden sich Seiten zur Freizeitgestaltung, wissenschaftliche Datenbanken, virtuelle Zeitungsarchive, nicht-kommerzielle Homepages von Privatpersonen, Vereinen, Verbänden, Organisationen und kommerzielle Seiten von Unternehmen, um nur einige zu nennen. Auch Parteien, politische Organisationen, Abgeordnete und lokale Institutionen der Verwaltung sind im Internet vertreten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die im Netz vorhandenen Daten keiner Hierarchie folgen: jeder kann prinzipiell jede Art von Information ins Netz stellen.

Befürworter der elektronischen Demokratie sehen in der Informationsfülle eine demokratische Verheißung: Der unermessliche Informationsreichtum des Internet produziere eo ipso gut informierte Bürger und führe somit zu einer demokratischeren Öffentlichkeit. In der Fachliteratur wird die Richtigkeit dieser Annahme aus unterschiedlichen Gründen bestritten. Verschiedene Autoren sehen in der Informationsfülle des Internet eher Lähmung als Ansporn zu politischer Beteiligung.

Bieber und Guggenberger weisen darauf hin, dass sich im Internet trotz struktureller Übereinstimmung mit dem Habermasschen Öffentlichkeitsbegriff (einfacher Zugang, Unabgeschlossenheit des Publikums und Offenheit der Diskussionsthemen) keine Öffentlichkeit konstituiert, weil durch die Fülle der Informationen deren Glaubwürdigkeit

¹⁷ Beim Downloading werden Dateien oder Programme aus dem Internet oder anderen Computernetzen auf den eigenen Rechner kopiert.

und Wahrheitsgehalt in Frage gestellt werden muss (vgl. Bieber 1999, 68 f.; Guggenberger 1999, 108). Laut Barber, Schiller und Buchstein kann Vertrauen im virtuellen Raum unter anderem auch deswegen nicht entstehen, weil dessen Inhalte zunehmend dem Druck der Globalisierung¹⁸ und der Kommerzialisierung ausgesetzt sind (vgl. Graham 1998, 170; Barber 1998, 124 f.; Schiller 1998, 135; Buchstein 1996, 186). Van de Velde hält die Informationen im Internet zwar für „zunehmend verlässlich“, bemängelt aber gleichzeitig, dass das Netz nicht dazu in der Lage ist, „den Zusammenhang festzustellen, in dem sich seine Benutzer befinden“ (Van der Velde 1998, 424; vgl. auch London 1995, 3). Zur effektiven Informationsverarbeitung sei ein situativer Kontext aber zwingend notwendig – eine Bedingung, die der virtuelle Raum konterkariert. Guggenberger bemerkt in diesem Zusammenhang:

„Die schiere Masse öffentlich verfügbarer Information besagt gar nichts über die Qualität des Öffentlichen, nichts über den Zustand der öffentlichen Urteilskraft. Nicht die Menge sondern die Struktur und die Ordnung der Informationen, die sie orientierende und plausibilisierende Kontext der Urteile und Bewertungen, begründen eine qualitative Öffentlichkeit.“ (Guggenberger 1999, 109; vgl. auch Buchstein 1996, 597)

Geht man also davon aus, dass Glaubwürdigkeit und Vertrauen die wesentliche Voraussetzung für die Herstellung sozial folgenreicher Handlungen sind, so erweist sich vor allem die anti-hierarchische Informationsstruktur des Netzes als Bedrohung der Demokratie:

„Durch die beliebige Aneinanderreihung von Informationen und Meinungen kommt alles Mögliche, nur keine Überzeugung zustande, die in politische Entscheidung mündet. Für das Entstehen begründeter Meinung und kompetenten Urteils sind zwar [...] mehr denn je Informationen bedeutsam, doch sind sie keineswegs die einzige Quelle, aus der sich unsere Urteile speisen.“ (Guggenberger 1999, 154)

Auch Leggewie sieht in der Informationsfülle des Internet keine Grundlage für politisches Handeln: „Erst die pragmatische Selektion von Information ist die Voraussetzung und Kunst des gut informierten Bürgers.“ (Leggewie 1998, 40) Die Struktur der im Internet enthaltenen Daten wird dieser Forderung nur schwerlich gerecht. Informationen im Netz vermitteln

¹⁸ Unter „Globalisierung“ ist die Konstituierung der Märkte als Weltmärkte zu verstehen.

aufgrund ihrer anti-hierarchischen Präsentation den Eindruck, sie seien in Inhalt und Wahrheitsgehalt gleichwertig (vgl. Buchstein 1996, 598). In Wirklichkeit handelt es sich dabei jedoch nur um eine scheinbare Gleichwertigkeit: „Im Internet weiß man eben nie genau, woher die Information kommt, wer dahinter steht und wer für die Richtigkeit der Information einsteht.“ (Van de Velde 1998, 433)

Traditionelle Medien wie Radio und Fernsehen bilden gewöhnlich „Informationsquoten“, die beim Sammeln, Bewerten und Verteilen von Informationen behilflich ist.¹⁹ Solche Knoten versetzen die Rezipienten der Information in die Lage, zwischen Unwichtigem, Unsinn und Information vorzusortieren. Das Internet stellt die ultimative Opposition zum Modell der kommunikativen Knoten dar, weil es unendlich und unfokussiert ist (vgl. Buchstein 1996, 596). Zwar gibt es auch im Internet derartige Knoten, Referenzsysteme wie Webverzeichnisse, Kataloge und Indizes. Entscheidender Informationsknotenpunkt im Netz sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt sogenannte „Suchmaschinen“, die den Datenraum mittels der Eingabe von Stichworten nach Inhalten durchsuchen. Eine „pragmatische Selektion“ der Information, wie Leggewie sie fordert, lassen solche Suchmaschinen indes nicht zu, weil sie bestimmte Sites und Informationen stärker bei der Netz-Recherche berücksichtigen als andere.²⁰ Es erscheint kaum plausibel, dass die Nutzer diesen Zentralisierungsschub der Suchmaschinen kritisch hinterfragen (vgl. Buchstein 1996, 597).

¹⁹ Informationsknoten befinden sich auf verschiedenen Ebenen und werden von unterschiedlichen sozialen Akteuren ausgeübt. Es kann sich dabei um einen persönlichen Freund, einen glaubwürdigen Fernseh- oder Radioreporter oder eine Zeitung handeln, die man aus eigener Erfahrung kennt.

²⁰ Viele Suchmaschinen wählen für die Recherche nur eine limitierte Zahl von Startpunkten oder nehmen nur besonders populäre Angebote in ihre Suchwege auf. Manche Suchmaschinen nehmen auch die Zahl der Hyperlinks auf eine bestimmte Internet-Seiten als Maßstab für ihre Gewichtung.

3.4 Öffentlichkeit im Netz

3.4.1 Gleichheit und Diskurs

Wo liegt nun aber das postulierte demokratische Potential der genannten Eigenschaften des Internet? Wie im ersten Teil der Arbeit dargelegt, gilt der öffentliche Diskurs als ein wesentliches Merkmal der Demokratie. Durch die Teilnahme am selben (Gesprächs-)Gegenstand konstituiert sich eine prinzipielle Gleichheit aller. Doch wie verhält es sich mit der Gleichheit im Internet?

Die Befürworter der elektronischen Demokratie sehen in der Infrastruktur des virtuellen Raums die ideale Bedingung für Gleichheit unter den Nutzern und somit für den öffentlichen Diskurs. Sie argumentieren dabei zunächst mit den niedrigen materiellen²¹ und sozialen Eingangsschranken des Netzes, die dadurch zustande kämen, dass im Internet Identitäten keine Bedeutung hätten: „Wenn man erst einmal im Netz ist, spielt es keine Rolle mehr, wer man wirklich ist.“ (Roesler 1997, 183) Diese netzinhärente Anonymität soll, so die These, Unterschiede in Geschlecht, Ethnizität oder Religion auflösen und dazu führen, dass (politische) Schüchternheit abgebaut wird, und sich somit auch Personen mit sozial schwachem Status an der öffentlichen Debatte beteiligen (vgl. Buchstein 1996, 600 f.; London 1995, 3).

Im Umkehrschluss bedeutet die Annahme der Gleichheit, dass die Nutzerstruktur des Netzes ebenso beschaffen sein muss wie dessen Öffentlichkeit, nämlich pluralistisch, ohne dabei bestimmte Gesellschaftsgruppen auszugrenzen. Die Empirie liefert jedoch den eindeutigen Gegenbeweis, dass dies nicht zutrifft. Denn der durchschnittliche Nutzer des Internet ist jung, männlich, berufstätig und überdurchschnittlich gebildet. Nur rund 30 Prozent der Netzteilnehmer sind Frauen, bestimmte soziale Gruppen sind im virtuellen Raum überhaupt nicht vertreten (vgl. Leggewie 1998, 41; Bieber 1999, 53; Buchstein 1996, 590 f.).

²¹ Die materiellen Kosten für den Sprung auf die Datenautobahn sind vergleichsweise gering: Es bedarf lediglich eines Computers mit Modem, eines Telefonanschlusses und eines Providers, der die Verbindung ins Internet herstellt.

Die Gleichheitsthese lässt sich aber nicht nur anhand der oben genannten Fakten widerlegen. Roesler und Rilling weisen etwa darauf hin, dass bereits die Hauptverkehrssprache des Internet, das Englische, den Eintritt von großen Teilen der Weltbevölkerung in den virtuellen Raum gänzlich verhindert oder zumindest den Aktionsradius auf kleine, regionale Teile des Netzes in der jeweiligen Muttersprache beschränkt (vgl. Roesler 1997, 187; Rilling 1996, 9). Zudem gehen verschiedene Autoren davon aus, dass die unterschiedliche Verteilung technologischer Fertigkeiten einen Teil der Bevölkerung bereits von vornherein von der Teilhabe an einer Netzöffentlichkeit ausschließt. Vielen Bürgern mangle es schlichtweg an Kompetenz im Umgang mit dem neuen Medium – eine Tatsache, die keineswegs zu einer verbesserten politischen Teilhabe führe, sondern vielmehr die Gesellschaft entsolidarisiere und fragmentiere (vgl. Bieber 1999, 69; Buchstein 1996, 586; Bühl 1997, 13; Leggewie 1998, 41; Tsagarousianou 1998, 170).

Marschall hält die Potentiale für einen rationalitätsgeleiteten Diskurs in den Anwendungen des Internet aufgrund ihrer wechselseitigen und anonymen Kommunikation für hoch (Marschall 1998, 48). Guggenberger bringt dieser These entgegen, dass computervermittelte Kommunikation meist nicht Diskurs als solchen zum Ziel hat, sondern ausschließlich dem Zweck der Kontaktaufnahme dient: „Man spricht nicht mehr miteinander über etwas – man kommuniziert.“ (Guggenberger 1999, 62)

3.4.2 Politische Entscheidung

Nach dem Habermasschen Diskursmodell dient die Öffentlichkeit respektive der von ihr geführte Diskurs dazu, die vagen und vorurteilsvollen Meinungen der Privatleute zum Beschluss, zum Gesetz zu führen. Die Bildung eines allgemeinen Willens, einer *volonté generale* im Sinne Rousseaus, ist laut Fachliteratur im Internet eher unwahrscheinlich, weil sich die dortigen Kommunikationsprozesse allenfalls auf das politische Raisonement beschränken und nicht bis zum Kern der Demokratie, der kollektiv bindenden Entscheidung, vordringen (vgl. Bieber 1999, 44 f.; Van de Velde 1998, 427; Guggenberger 1999, 149). Rilling

definiert Politik als „Entscheidungen über Machtverteilung zwischen großen gesellschaftlichen Gruppen oder Klassen“ (Rilling 1996, 13). Die Öffentlichkeit des Netzes ist indes nicht dazu in der Lage, politisch verbindliche Entscheidungen hervorzubringen wie etwa die Öffentlichkeit der griechischen Antike und der bürgerlichen Gesellschaft. Denn die Grenzenlosigkeit des virtuellen Raums beinhaltet verschiedene *Exit*-Optionen. Der Netzbürger kann sich der verbindlichen Entscheidung entziehen, indem er schweigt, eine neue Identität annimmt oder den virtuellen Raum verlässt (vgl. Rilling 1996, 13). Ein Sinn für das Gemeinsame und die Gemeinschaft kann aber nur durch Verbindlichkeit entstehen. Graham bemerkt dazu:

„Wenn ‚Gemeinschaft‘ eine Bedeutung haben soll, muss daran ein Gefühl von Verpflichtung und Zugehörigkeit geknüpft sein, aus dem dann auch ein anderes Verhalten folgt: Gemeinschaft zeichnet sich dadurch aus, dass es etwas kostet, wenn man sie verlässt.“
(Graham 1998, 164)

Während in der realen Welt der demokratisch verfasste Staat zur Realisierung politischer Zielsetzungen und zur Rechtsdurchsetzung auf die Ausübung physischer Gewalt bauen kann, kann im Internet die Gültigkeit von Regeln und Normen nicht mit Zwang sanktioniert werden. Im Netz gibt es keine Verbindlichkeiten – eine Tatsache, die dem politischen Engagement eher entgegenwirkt als förderlich ist (vgl. Buchstein 1996, 604).

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Das Internet schafft keine besseren Voraussetzungen für Öffentlichkeit und politisches Handeln wie von den Befürwortern elektronischer Demokratie postuliert. Die Habermasschen Kriterien von Öffentlichkeit werden bei genauem Hinsehen nur teilweise vom Internet erfüllt. Mag der Zubringer auf die Datenautobahn via Modem und Home-Computer selbst für einen relativ großen Teil der Bevölkerung westlicher Industrienationen erschwinglich sein, so bedeutet dies noch lange nicht, dass jeder, der sich das Internet „leisten“ kann auch davon Gebrauch macht. Zu kompliziert und undurchschaubar erscheint das neue Medium vor allem denjenigen,

die den Umgang mit Computern und speziell dem Internet niemals gelernt haben. Insofern wird das Internet die Gesellschaft eher fragmentieren und die bereits existierende Kluft zwischen Wissenden und Ahnungslosen verstärken. Auf der anderen Seite gereicht das Internet trotz oder gerade wegen seiner Informationsfülle nicht der Forderung nach einer „pragmatischen Selektion“ von Information, weil Informationsknoten fehlen und die im Netz dargebotene Information einem sinnstiftenden Kontext beraubt ist. Außerdem ist die im Internet vermittelte Information nur bedingt verlässlich – eine Tatsache, die dem demokratischen Ideal der Verbindlichkeit entgegenwirkt.

Kritisch hinterfragt werden muss das Internet auch im Hinblick auf die von vielen postulierte Demokratisierung des politischen Diskurses. Auf den ersten Blick mögen die interaktiven Kommunikationsstrukturen des virtuellen Raums suggerieren, sie entsprächen dem Ideal einer deliberativen Demokratie mit Meinungsfreiheit, Gleichheit der Diskussionsteilnehmer, Rede und Gegenrede. Das ist aber nicht der Fall. Zum einen sind im Netz keinesfalls alle „gleich“. Zum anderen liefert das Internet nur die Option zur Gegenöffentlichkeit: es bleibt jedem selbst überlassen, ob er Informationen aus dem Netz kritisch hinterfragt oder sie unkommentiert im virtuellen Raum stehen lässt. Nach Arendt entsteht Deliberation durch die verbale Auseinandersetzung über einen gemeinsamen Gegenstand. Geht man davon aus, dass die Kommunikation im Netz in erster Linie der bloßen Kontaktaufnahme und nicht der wirklichen Auseinandersetzung dient, so lässt sich im Umkehrschluss die Vermutung aufstellen, dass das Internet die Gesellschaft entpolitisiert und entsolidarisiert, weil im Netz keine Grundlage des Gemeinsamen existiert. Zum Kern der Demokratie, der kollektiv bindenden Entscheidung, können die Kommunikationsprozesse im Internet indes nicht vordringen, weil sich durch sie eben keine *volonté generale* konstituiert, die dem politischen Beschluss unmittelbar vorangeht. Insofern läutet das Internet keinesfalls ein „athenisches Zeitalter“ der Demokratie ein. Das Internet erweist sich höchstens als verzerrtes Abbild der griechischen Agora – an sein Original reicht es jedoch nicht heran.

LITERATURVERZEICHNIS

Arendt, Hannah 1999: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München.

Barber, Benjamin R. 1998: Wie demokratisch ist das Internet?
Technologie als Spiegel kommerzieller Interessen, in Leggewie/
Maar (Hg.): Politik und Internet, Von der Zuschauer- zur
Beteiligungsdemokratie?, S. 120 – 133.

Bieber, Christoph 1999: Politische Projekte im Internet.
Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit.

Buchstein, Hubertus 1996: Bittere Bytes: Cyberbürger und
Demokratiethorie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 44,
S. 583 – 607.

Bühl, Achim 1997: Die virtuelle Gesellschaft. Ökonomie, Politik und
Kultur im Zeichen des Cyberspace,
<<http://www.uni-wh.de/de/wiwi/virtwirt/theorie/buehlt.htm>>,
Version 19.07.2000.

Gellner, Winand/ von Korff, Fritz (Hg.) 1998: Demokratie und Internet.
Baden-Baden.

Gellner, Winand 1998: Das Ende der Öffentlichkeit, in Gellner/
Winand (Hg.): Demokratie und Internet, S. 11 – 24.

Graham, Andrew 1998: Nationalstaat und Weltwirtschaft. Die Bedeutung
des Vertrauten für den Information Superhighway, in Leggewie/
Maar (Hg.): Politik und Internet, Von der Zuschauer- zur
Beteiligungsdemokratie? S. 158 – 176.

- Guggenberger, Bernd 1999:** Das digitale Nirwana. Vom Verlust der Wirklichkeit in der schönen neuen Online-Welt, Reinbek bei Hamburg.
- Habermas, Jürgen 1995:** Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main.
- Hagen, Martin 1997:** Elektronische Demokratie. Computernetzwerke und politische Theorie in den USA, Hamburg.
- Kleger, Heinz 1998:** Direkte und transnationale Demokratie. Die neuen Medien verändern die repräsentative Demokratie, in Leggewie/ Maar (Hg.): Politik und Internet. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? S. 97 – 110.
- Leggewie, Claus/ Maar, Christa (Hg.) 1998:** *Internet und Politik*. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?, Köln.
- Leggewie, Claus 1998:** Demokratie auf der Datenautobahn. Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace, in: Leggewie/ Maar, (Hg.): Internet und Politik, Köln, S. 15 – 51.
- London, Scott 1995:** Teledemocracy versus Deliberative Democracy. A Comparative Look at two Models of Public Talk, <<http://www.scottlondon.com/reports/tele.html>>, Version 19.07.2000.
- Marschall, Stefan 1998:** Netzöffentlichkeit – eine demokratische Alternative?, in: Gellner/ von Korff (Hg.): Demokratie und Internet, S. 43 – 54.
- Münker, Stefan/ Roesler, Alexander (Hg.) 1997:** Mythos Internet. Frankfurt am Main.

Rilling, Rainer 1996: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?

<<http://www.bdwi.org/bibliothek/cyberdemokratie-text.html>>,
Version 19.07. 2000.

Rilling, Rainer 1998: Marktvermittelt oder selbstorganisiert? Zu den Strukturen von Ungleichheit im Netz, in Leggewie/ Maar (Hg.): *Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?*, S. 366 – 378.

Roesler, Alexander 1997: Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit, in: Münker/ Roesler (Hg.): *Mythos Internet*, S. 171 – 192.

Schiller, Herbert I. 1998: Die Kommerzialisierung von Information, in: Leggewie/ Maar (Hg.): *Politik und Internet, Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?* S. 134 – 141.

Tauss, Jörg/ Kollbeck, Johannes 1998: Der vernetzte Politiker. Die virtuelle Diskussion stärkt die Kompetenz, in: Leggewie/ Maar (Hg.): *Politik und Internet, Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?* S. 277 – 289

Tsagarousianou, Rosa/ Tambini, Damian/ Bryan, Cathy (Hg.) 1998: *Cyberdemocracy. Technology, Cities and Civic Networks*, London.

dies. 1998: Electronic Democracy and the Civic Networking Movement in Context, in: Tsagarousianou/ Tambini/ Bryan (Hg.): *Cyberdemocracy. Technology, Cities and Civic Networks*, London, S. 1 – 17.

Tsagarousianou, Rosa 1998: Electronic Democracy and the Public Sphere: Opportunities and Challenges, in: Tsagarousianou/ Tambini/ Bryan (Hg.): *Cyberdemocracy. Technology, Cities and Civic Networks*, London, S. 167 – 178.

Van de Velde, Walter 1998: Von Pull zu Push. Die Zukunft gehört dem persönlichen Informationsmanager, in Leggewie/ Maar (Hg.): Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, S. 424 – 437.